

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus dem Landesparlament von Baden-Württemberg

Ausgabe 2/2016

18. Februar 2016



Liebe Leserinnen und Leser,

am Mittwoch und Donnerstag, den 17. und 18. Februar 2016, fanden die letzten beiden Sitzungen des 15. Landtags von Baden-Württemberg statt. Am 13. März wird der 16. Landtag gewählt und findet sich dann am 11. Mai zu seiner ersten Sitzung ein.

Die 15. Wahlperiode zeichnete sich durch ein deutlich gestiegenes Arbeitspensum für die Parlamentarier und die Regierungsmitglieder aus. Noch nie fanden so viele Plenarsitzungen statt, wurden so zahlreiche Initiativen und Gesetzentwürfe eingebracht und Aktuelle Debatten beantragt.

In den letzten fünf Jahren habe ich mich in meiner landespolitischen Verantwortung insbesondere für die Stärkung des ländlichen Raums stark gemacht und mich als Ihr Wahlkreisabgeordneter nach allen Kräften für die Interessen und Belange meines Wahlkreises eingesetzt. Der Landkreis Heidenheim und seine Kreiskommunen haben in der letzten Wahlperiode von der Regierungspolitik in Stuttgart profitiert. Viele Fördergelder sind hierher geflossen. Viele dringende Projekte, vor allem im Straßenbau und der innerörtlichen Entwicklung, konnten so vorangetrieben werden.

Gerne möchte ich auch in den nächsten fünf Jahren meine ganze Kraft und mein politisches Können zum Wohle der Menschen hier im Landkreis Heidenheim einsetzen. Deswegen bitte ich Sie bei den Landtagswahlen am 13. März um Ihre Stimme.

Ihr Andreas Stoch MdL

Aufbruch 2016 mit der CDU?

SPD steht für moderne Gestaltung

Die CDU-Landtagsfraktion nutzte ihre letzte Aktuelle Debatte in dieser Legislaturperiode, um ihr Regierungsprogramm in Kürze vorzustellen. Doch genau wie in ihrer Oppositionspolitik der letzten fünf Jahre hatte sie keine konstruktiven Vorschläge vorzubringen, sondern ergab sich ausschließlich in einem fundamentalen Rundumschlag gegen die grün-rote Landesregierung und die Koalition.

CDU-Fraktionschef und Spitzenkandidat **Guido Wolf** kritisiert rundweg die grün-rote Regierungspolitik, insbesondere in den Bereichen Bildung, innere Sicherheit, Verkehr und Wirtschaft. Die CDU wolle Zukunft gestalten, nicht nur verwalten. Konkrete Konzepte legte Wolf allerdings nicht vor.

Grünen-Fraktionschefin **Edith Sitzmann** betont, dass es für eine erfolgreiche Regierungsarbeit einer guten Verwaltung bedürfe. Der CDU wirft sie einen Zick-Zack-Kurs vor, der keinerlei klaren Kurs erkennen lasse. Der Aufbruch habe 2011 begonnen. Damals herrschte Wechselstimmung, was jetzt nicht zu bemerken sei. Die Menschen im Land seien zufrieden mit der Regierung und vor allem mit ihrem Ministerpräsidenten.

SPD-Fraktionsvorsitzender **Claus Schmiedel** erinnert daran, wie es mit Kleinkindbetreuung und Ganztagsversorgung vor dem Regierungswechsel aussah. Baden-Württemberg war absolutes Schlusslicht im Bund. Das sei von der CDU so gewollt gewesen, weil sie ein veraltetes Familien- und Frauenbild habe. Mit dem geplanten Landesbetreuungsgeld wolle sie weiter Frauen zuhause und die Kinder, die es am nötigsten hätten, von frühkindlicher Bildung fern halten. Die SPD stehe für ein modernes partnerschaftliches Familienbild. Dafür habe Grün-Rot die notwendige Infrastruktur ausgebaut. „Das ist moderne Gestaltung!“, so Schmiedel.

FDP/DVP-Chef **Dr. Hans-Ulrich Rülke** macht sich Sorgen um die Sicherheit und Zukunftsfähigkeit des Landes. Kritisch sieht er die „Autofeindlichkeit“ des Verkehrsministers, die Entwicklung der Gemeinschaftsschulen und den schleppenden Windradausbau, ohne selbst Konzepte vorzulegen.

Finanz- und Wirtschaftsminister **Dr. Nils Schmid** (SPD) hatte erhofft, dass die CDU zeige, was sie dem Land zu bieten hat. Aber es sei wieder nur die übliche inhaltsleere Oppositionskritik. „Das Land ist bei Grün-Rot in besten Händen“, das zeigten die historisch guten Wirtschaftszahlen. Das Land lebe nicht mehr von der Substanz, sondern wachse wieder. „Baden-Württemberg geht es so gut wie nie zuvor!“, so der Minister.

Naturschutz

SPD: Grün-Rot hat Mittel verdoppelt

In ihrer letzten Aktualen Debatte in dieser Legislaturperiode stellte die Fraktion der Grünen eines ihrer Kernthemen in den Mittelpunkt: den Naturschutz. Obwohl sich alle Fraktionen für den Erhalt einer gesunden Natur aussprachen, entbrannte eine heftige und kontroverse Debatte.

Die Vorsitzende der Grünen-Fraktion **Edith Sitzmann** unterstreicht, dass die biologische Vielfalt für die Zukunftssicherung im Land maßgeblich sei. Sie gewährleiste die Lebensmittelversorgung, nachwachsende Rohstoffe und die Reinhaltung von Luft und Wasser. Der Artenschutz gehe alle an und sei eine Generationenaufgabe.

Für **Dr. Patrick Rapp** (CDU) ist der Artenschutz auch ein politisches Ziel, aber er möchte andere Wege dorthin. Er kritisiert die starken Reglementierungen in der Landnutzung und die massiven Flächenstilllegungen. Er fordert bei Fortführung der Schutzziele „Schützen durch Nutzen“ und will wirtschaftliche Aspekte mehr beachtet sehen.

Für den landwirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion **Thomas Reusch-Frey** war die Naturschutzpolitik der Vorgängerregierung „Schlafwagenpolitik“. Sie habe „mit den Mitteln geknausert“. Grün-Rot habe dem Naturschutz den Stellenwert gegeben, den er verdient, und die Mittel von 30 auf 60 Millionen verdoppelt. Dabei werde sehr wohl auf Einklang von Ökologie und Ökonomie geachtet. Naturschutz sei eine Querschnittsaufgabe. Die umfassenden und Ressorts übergreifenden Maßnahmen und Ziele seien in der Naturschutzstrategie als Herzstück der Artenschutzpolitik festgeschrieben worden. Die Landschaftserhaltungsverbände sieht er als Erfolg, ebenso die Erhöhung der Bioproduktion im Land und den Ausbau des Tourismus.

Dr. Friedrich Bullinger (FDP/DVP) wirft den Grünen Klientelpolitik und Gutmenschentum vor. Baden-Württemberg sei kein Naturland - schon gar kein wildes - sondern ein Kulturland und ein wichtiger Wirtschaftsstandort. Grün-Rot gängele die Landwirte mit zu vielen Vorschriften und betreibe eine Politik der „Prestigeobjekte“.

Ministerpräsident **Winfried Kretschmann** (Grüne) betont, Baden-Württemberg sei wirtschaftlich „bärenstark“. Aber es sei ebenso ein schönes Land, das erhalten werden müsse. Es sei eine große Herausforderung, Wirtschaft und Natur gleichzeitig zu stärken. Dabei müsse das Wirtschaftswachstum Schritt für Schritt vom Naturverbrauch entkoppelt werden. Dazu zählten als wichtigste Punkte die Umsetzung der Energiewende und die Entwicklung grüner Technologien. Baden-Württemberg habe heute die modernste Naturschutzstrategie in ganz Deutschland. Der Naturschutz gehöre ins Zentrum der Politik, denn er sichere die zukünftige Lebensgrundlage der Menschen im Land.

Förderung Freie Schulen

SPD: Gesetz ist Signal für die freien Schulen

Die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes eingebracht, der die weitere Finanzierung freier Schulen und deren Kooperation mit öffentlichen Schulen bei der Inklusion regeln soll. Der Landtag diskutierte darüber in Zweiter Lesung.

Georg Wacker (CDU) stimmt dem Gesetzentwurf zwar zu, nennt ihn aber ein „Privatschulreparaturgesetz“. Grün-Rot zolle den Privatschulen nicht genügend Wertschätzung und handle nur auf politischen Druck. Er kritisiert die Versorgungsabgabe als Ungerechtigkeit und spielt die spürbare Erhöhung der Zuschüsse als „kein Wunder bei den hohen Steuereinnahmen“ herunter.

Thomas Poreski (Grüne) erinnert an das zerrüttete Verhältnis zwischen der früheren Landesregierung und den Privatschulen. Das neue Gesetz sei pragmatisch und zukunftsorientiert. Es fülle eine Regelungslücke bei der Inklusion und biete eine Überbrückungsregelung, bis eine dauerhafte Finanzierungslösung für freie Schulen abgeschlossen sei. Die Versorgungsabgabe sei einvernehmlich beschlossen.

Für den schulpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion **Christoph Bayer** ist das Gesetz ein zentrales Signal für die Privatschulen und stellt wichtige Weichen. Es sichert die weitere Erhöhung der Zuschüsse um 17 Millionen Euro. Das sei der fünfte Erhöhungsschritt innerhalb von fünf Jahren. Mit 78,1 Prozent liege der Fördersatz so hoch wie nie zuvor. Hinsichtlich der Kooperation mit öffentlichen Schulen bei der Inklusion sei eine tragfähige Lösung gefunden worden.

Dr. Timm Kern (FDP/DVP) stimmt dem Gesetz ebenfalls zu, kritisiert aber die Versorgungsabgabe als existenzbedrohend für manche Schulen. Er fordert Gespräche zur Finanzierung des Ganztags und zur Beschulung von Flüchtlingen sowie mehr Transparenz in den Haushaltsberatungen und die Erreichung der 80-Prozent-Marke im nächsten Haushalt.

Für Kultusminister **Andreas Stoch** (SPD) sind die Entscheidungen zum Gesetzentwurf wichtig für die Zusammenarbeit öffentlicher und freier Träger im Bildungssystem und von hoher Relevanz für die finanzielle Ausstattung privater Schulen. Das Miteinander von öffentlicher Hand und Zivilgesellschaft sei ein Grundelement in unserer Bildungslandschaft und habe sich als gelebter Pluralismus und funktionierendes System des Wettbewerbs um gute und bessere pädagogische Konzepte bewährt. Letzten Endes müsse Bildung aber staatlich verantwortet werden, wobei es gut und richtig sei, dass freie Träger einen verfassungsrechtlichen Anspruch auf Gründungsfreiheit haben und staatlich unterstützt werden. Freiheit gebe es dabei nicht zum Nulltarif, die Privatschulen müssten ihren Beitrag leisten. Mit der Versorgungsabgabe würden keine neuen Ungerechtigkeiten geschaffen, sondern Doppelförderungen abgeschafft.

Der Gesetzentwurf wurde einstimmig angenommen.

Gute Arbeit für Baden-Württemberg

SPD gegen Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit

Die SPD will die Auswüchse von Leiharbeit und Werkverträgen konsequent bekämpfen. Mit einer entsprechenden Bundsratsinitiative möchte die grün-rote Landesregierung Druck in Berlin ausüben, damit ein seit längerem vorliegender Gesetzentwurf von Bundesministerin Andrea Nahles (SPD) auf die Agenda im Bundestag genommen wird. Darüber diskutierte der Landtag in einer von der SPD-Fraktion beantragten Aktuellen Debatte.

Für den arbeitsmarktpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion **Rainer Hinderer** ist gute Arbeit ein zentrales sozialdemokratisches Anliegen. In den Bereichen Tarifreue, Mindestlohn und Bildungszeitgesetz habe die SPD Wort gehalten und all dies realisiert. Es gebe allerdings Fehlentwicklungen bei Leiharbeit und Werkverträgen. Grundsätzlich seien diese Instrumente sinnvoll, um Auftragsspitzen ausgleichen zu können, die Zahl der Überlassungen habe sich in den letzten 20 Jahren aber verfünffacht. Leiharbeit werde oft zu einem Dauerzustand, die Stammbesetzung werde verdrängt und es komme zu einem Wettbewerb nach unten. Dies müsse unbedingt behoben werden, daher unterstütze die SPD-Fraktion die Bundsratsinitiative.

Felix Schreiner (CDU) glaubt, diese Initiative sei dem Wahlkampf geschuldet. Es sei zwar richtig, dass Leiharbeit und Werkverträge nicht zu Lohndumping führen dürften, aber auch Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose müssten eine Chance haben. Statt einer Bundsratsinitiative solle man lieber einen Appell an Bundesministerin Nahles richten.

Andrea Lindlohr (Grüne) kritisiert scharf den Missbrauch von Leiharbeit zur Senkung der Lohnkosten, zur Umgehung von Kündigungsschutz und Sozialbeiträgen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit müsse die Grundlage bei der Leiharbeit sein. Hier müssten die Betriebsräte mehr Einblick erhalten.

Für **Jochen Haubmann** (FDP/DVP) greift die Initiative in die Tarifautonomie ein. Das eigentliche Problem seien hohe Kosten und übermäßige Regulierung. Dadurch würden Arbeitsplätze verhindert.

Wirtschaftsminister **Dr. Nils Schmid** (SPD) lobt die großen Fortschritte durch Tarifreuegesetz und Mindestlohn. Alle Horrormeldungen, die einen massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit dadurch prophezeit hatten, hätten sich nicht bewahrheitet. Im Gegenteil schaffe der Mindestlohn reguläre Arbeit. Seit dessen Einführung müssten 50.000 Menschen im Land nicht mehr ihren Lohn vom Staat aufstocken lassen. Baden-Württemberg habe aktuell die niedrigste Arbeitslosenquote von allen Bundesländern. Nun müsse der Missbrauch von Leiharbeit bekämpft werden. Leiharbeiter erhielten im Schnitt nur 43 Prozent des Lohns eines regulär Beschäftigten für die gleiche Arbeit. Ihre Übernahme in reguläre Beschäftigungsverhältnisse sei die Ausnahme.

Regelung des Flüchtlingszugangs

SPD warnt vor falschen Erwartungen

Die Fraktion der FDP/DVP wollte in ihrer letzten Aktuellen Debatte im 15. Landtag erneut diskutieren, wie die Landesregierung den Flüchtlingszugang bewältigen will.

Hans-Ulrich Rülke (FDP/DVP) wirft der Landesregierung Versagen vor. Die Menschen im Land erwarteten, dass die Politik die Flüchtlingskrise „wenigstens ansatzweise in den Griff bekomme“. Er verlangt unverzüglichen Handlungsbedarf. 25.000 ausreisepflichtige Geduldete im Land seien zu viel. Auch die Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten sei bisher erfolgreich gewesen.

Winfried Mack (CDU) bekennt sich zwar zum christlichen Menschenbild als Richtschnur des Handelns, verlangt aber auch die Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsländern zu ernennen. Die CDU stehe zu Europa, aber nun habe die Sicherung der Außengrenze Priorität. Wer kein Bleiberecht habe oder straffällig gewordene Asylbewerber müssten ausgewiesen werden.

Daniel Lede Abal (Grüne) betont, nicht „das Konstrukt der sicheren Herkunftsländer auf dem Balkan“ habe zum Zuwanderungsrückgang von dort geführt, sondern eine gezielte Informationskampagne über das deutsche Asylrecht vor Ort.

Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion **Nikolaos Sakellariou** warnt davor, mit dieser Debatte falsche Erwartungen bei den Menschen zu wecken, dass Baden-Württemberg das Flüchtlingsproblem alleine lösen könne. Das führe absolut in die Irre. Die SPD wolle keine Schließung nationaler Grenzen. Das wäre das Ende Europas. Jetzt werde auf Eile gedrängt, aber man hätte vielmehr schon vor über 40 Jahren handeln sollen, wie Erhard Eppler dies damals bereits vorgeschlagen hatte, und die Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpfen.

Integrationsministerin **Bilkay Öney** (SPD) verweist darauf, dass weder Geld- noch Sachleistungen einen Kriegsflüchtling zur Flucht animieren oder davon abhalten würden. Sie sieht vor allem den Bund und Europa in der Pflicht: „Was eine Landesregierung tun kann, haben wir getan.“ Die Krise müsse auf europäischer Ebene gelöst werden. Sollte dies scheitern, warnt die Ministerin, müssten möglicherweise die deutschen Grenzen wieder konsequent kontrolliert werden. Das würde das Aus für ein Europa ohne Binnengrenzen bedeuten. Alles andere sei Augenwischerei und Wahlkampfgetöse.

Man habe die verfassungsrechtliche und humanistische Pflicht, mit diesem Thema anständig umzugehen, betont Innenminister **Reinhold Gall** (SPD). Es seien sich doch alle einig, was nun getan werden müsse. Allerdings gehe die Eindämmung des Flüchtlingsstroms nicht von heute auf morgen. Es gebe Abschiebehindernisse, die die Politik und die Verwaltung nicht von alleine beheben könnten. In Baden-Württemberg habe man jedoch keinen politischen Nachholbedarf. Hier werde effizient und gründlich gearbeitet. Der Nachholbedarf bestehe auf europäischer Ebene und auf Bundesebene.

149. Sitzung des Landtags

17. Februar 2016

Top 1

Aktuelle Debatte (CDU)

Aufbruch 2016 – Baden-Württemberg gestalten, nicht verwalten

Top 2

Aktuelle Debatte (Grüne)

Erhalten, was uns erhält: Politik für eine gesunde Natur und eine lebenswerte Heimat

Top 3

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung [DS 15/7802](#) und [15/7941](#) **Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes.**

Top 4

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung [DS 15/7844](#) und [15/7939](#) **Gesetz zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg und zur Änderung des Landeshochschulgesetzes**

Top 5

Regierungsbefragung

Top 6

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung [DS 15/7845](#) und [15/7940](#) **Gesetz zur Änderung des Landeskrebsregistergesetzes**

Top 7

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung [DS 15/7846](#) und [15/7847](#) **Gesetz zur Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Baden-Württemberg**

Top 8

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung [DS 15/7847](#) und [15/8005](#) **Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag**

Top 9

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung [DS 15/7857](#) und [15/7977](#) **Gesetz zur Änderung des Bauberufsrechts und anderer Gesetze**

Top 10

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs von Grüne und SPD [DS 15/7863](#) und [DS 15/8006](#) **Gesetz über die Bürgerbeauftragte oder den Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg**

Top 11

a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung [DS 15/7931](#) und [15/8001](#) **Gesetz zum 3. DIBt-Änderungsabkommen und zur Änderung von Vorschriften mit Bezug auf das Deutsche Institut für Bautechnik**

Top 12

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung [DS 15/7932](#) und [15/7999](#) **Gesetz über die Unabhängigkeit der Landesregulierungsbehörde (LRegBG)**

150. Sitzung des Landtags

18. Februar 2016

Top 1

Aktuelle Debatte (SPD)

Gute Arbeit für Baden-Württemberg – den Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen bekämpfen

Top 2

Aktuelle Debatte (FDP/DVP)

Wie will die Landesregierung endlich den Flüchtlingszugang in den Griff bekommen?

Top 3

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung [DS 15/7957](#) und [DS 15/823](#) **Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg und andere Gesetze**

Top 4

Bericht und Beschlussempfehlung des Untersuchungsausschusses „Die Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in Baden-Württemberg und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M. K. (Rechtsterrorismus/NSU BW) [DS 15/8000](#)

Top 5

Bericht und Beschlussempfehlung des Untersuchungsausschusses „Aufklärung einer politischen Einflussnahme der CDU-geführten Landesregierung Mappus auf den Polizeieinsatz vom 30. September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten und auf die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses 2010/2011 (Polizeieinsatz Schlossgarten II) [DS 15/8008](#)

Top 6

Fragestunde [DS 15/78025](#)

Top 7 bis 35

Beschlussempfehlungen, Berichte, Kleine Anfragen

Top 36

Schlussansprache des Präsidenten

Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL

Redaktion: Danjela Folberth

Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim

Tel.: 07321/ 4 00 80 | Fax: 07321/ 4 00 42

E-Mail: andreas.stoch@spd.landtag-bw.de |

Internet: www.andreas-stoch.de

Weitere Informationen:

Alle Drucksachen können unter www.landtag-bw.de/dokumente abgerufen und ausgedruckt werden oder Sie wenden sich an mein Büro. Wir schicken Ihnen die Drucksachen dann kostenfrei zu.